

Privatanfrage

Der Wähler soll wissen worauf er sich einlässt, das ist legitim. Deshalb wollen wir heute in Bezug auf die kommende Wahl einen Benchmark, also eine vergleichende Bewertung, starten. Diese Bewertung soll messen, welche der Parteien demokratische Mitsprache der Bürger einführen wollen.

Zu diesem Zweck schreibe ich alle Parteien an und bitte Sie um Mitarbeit. Parteien, die sich zu diesem Thema nicht äußern wollen, die werden bei uns mit „keine Mitsprache der Bürger vorgesehen“ gelistet werden. Es gibt bei der Umfrage mehrere Kategorien, bei denen es uns um mehr Bürgerbeteiligung gehen soll, bei sofortiger Einführung nach der Wahl.

Aus diesen Erhebungen wird sich ein Bild darüber ergeben, bei welcher der Parteien der Bürger tatsächlich Mitsprache und die Achtung seiner persönlichen Interessen erwarten kann.

Die Bürger können sich daraus dann selbst ein Bild machen. Alle Zuschriften werden auf meiner Seite veröffentlicht.

Also meine Damen und Herren Politiker, jetzt sind Sie dran: Bitte erklären Sie der Bevölkerung und meiner Seite Ihren Standpunkt zu diesem Thema. Es wäre nett, wenn Sie die Fragen 1-5 nur mit ja, nein und leer beantworten würden. Bei Frage 6 bitte nur eine kurze Antwort, oder einen Link auf Ihre Seite schicken.

1. Mitsprache nach Schweizer Model

Ja , unsere Vorschläge im Wahlprogramm gehen in diese Richtung. Vor allem fordern wir, dass die Bürgerinnen und Bürger über die gleichen Fragen wie der Bundestag abstimmen können. Das sind z. B. Fragen der Steuerpolitik oder der europäischen Integration. So wie in der Schweiz sehen unsere Vorschläge Gesetzesinitiative, das fakultative und das obligatorische Referendum vor.

2. Mitsprache durch Meinungserhebung (Umfragen etc.)

Ja, die Piraten haben einige Erfahrungen mit Online-Beteiligung (siehe 3a). Bei Umfragen sehen wir das Problem, dass über die Fragestellung manipuliert werden kann und dass eine vorherige aufklärende öffentliche Diskussion fehlt. Darum befürworten wir Volksabstimmungen wie in der Schweiz, da die Bürgerinnen und Bürger direkt und verbindlich abstimmen sollen.

3a. Mitsprache über Internet

Ja, die Piraten verfügen mit Mumble, Wiki, Piratenpad, Lime Survey und Liquid Feedback über einige Instrumente und Erfahrungen. So ist gut denkbar, dass Gesetzentwürfe zunächst online beraten werden, bevor die 2. Lesung im Bundestag beginnt. Im Thüringer Landtag wurde solche Verfahren bereits über die Geschäftsordnung eingeführt. Verbindliche Abstimmung über das Internet ist wegen des Spannungsfeldes Nachvollziehbarkeit (bzw. Manipulationsgefahr) und geheime Abstimmung noch nicht möglich. Aber als Medium für Beratung und Diskussionen ist das

Internet sehr gut geeignet. Die Piraten haben einerseits Erfahrungen und gehen mit dem Basisentscheid neue Wege.

3b. Mehr Mitsprache durch schnelleren Austausch der Abgeordneten (jeder nur 1-2 Amtsperioden)

Zur Begrenzung der Amtsperioden von Abgeordneten gibt es derzeit leider noch keine Beschlusslage innerhalb der Piratenpartei. Allerdings sagt dazu unser niedersächsischer Listenkandidat und Mitbegründer von Mehr Demokratie e.V, Tim Weber: *"Die Begrenzung der Mandatsperioden ist im Wahlprogramm nicht geregelt. Es ist aber eine aus meiner Sicht sinnvolle Forderung, um Machtmissbrauch zu begrenzen und die Fluktuation der Abgeordneten zu fördern. Solche Reformen werden in der Regel durch Volksabstimmungen eingeführt."*

4. Einführung der 4.Gewalt: Die Korrektive (Bürger haben das Recht in einer Abstimmung jedes verabschiedete Gesetz zu kippen)

Ja , das ist aber keine vierte Gewalt, sondern entspricht dem fakultativen Referendum (siehe unter 1.).

5. EU-Referendum: EU-Zentralstaat? Der Bürger soll entscheiden!

Ja, eine solche Frage müssen die Bürgerinnen und Bürger direkt entscheiden. Die Piraten fordern obligatorische Referenden bei der Verlagerung von Kompetenzen an die EU. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zur EU-Volksgesetzgebung weiterzuentwickeln.

6. Sonstige Alternativen (erbitte Vorschläge)

Mehr Informationen zu den abzustimmenden Themen über transparente Führung von Sachinitiativen und Zugang zu allen Standpunkten. Weiter eine Möglichkeit, sich mit Interessierten auszutauschen und zu diskutieren.

Neben Volksgesetzgebung, Reform des Wahlrechts und Transparenzgesetz.